

5 90 Jahre im Dienste der Menschen
Caritas Liechtenstein blickt auf ein bewegtes Jahr 2013 zurück.

11 Preisverleihung an die kreativsten Köpfe
Innovative Ideen an der Universität ausgezeichnet.

15 Delegiertenversammlung des LOC
Zwei neue Vorstandsmitglieder
Stefan Marxer und Marco Felder gewählt



Dienstag, 27. Mai 2014
137. Jahrgang Nr. 119

Volksblatt

Die Tageszeitung für Liechtenstein

MIT KUNDMACHUNGEN



Heute

Vortragsreihe
Staatsgerichtshof
im Mittelpunkt



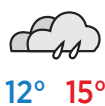
Im Liechtenstein-Institut steht heute Abend ab 18 Uhr der Staatsgerichtshof als Hüter der Verfassung im Mittelpunkt eines Vortrages.

volksblatt.li

Zeichen Nach dem Sieg des proeuropäischen Milliardärs Petro Poroschenko bei der Präsidentschaftswahl in der Ukraine hat Russland Zeichen der Entspannung ausgesandt.

Fotogalerien Auch heute finden Sie Fotogalerien zu aktuellen Veranstaltungen in Liechtenstein und Umgebung im Media Center auf www.volksblatt.li.

Wetter Meist stark bewölkt, immer wieder Regen und recht kühl. **Seite 26**



Europawahlen

Der Erfolg von Rechtsaussen

Die eurokritischen und rechtspopulistischen Parteien sind die heimlichen Gewinner der Europawahl. **Seite 10**



www.volksblatt.li

Gemeinnütziger Wohnbau: Vaduz sucht bei Regierung um Darlehen an

Geld In Vaduz sollen 20 gemeinnützige Wohneinheiten entstehen. Auf der Grundlage des Wohnbauförderungsgesetzes fordert die Gemeinde Vaduz als Gründungsmitglied der Wohnbaugenossenschaft Liechtenstein nun ein zinsloses Darlehen vom Staat.

VON MICHAEL BENVENUTI

Am 18. Mai 2013 trat Harald Beck mit der Idee des gemeinnützigen Wohnungsbaus erstmals an die Öffentlichkeit. Um den Engpass an «erschwinglichen, familienfreundlichen Mietwohnungen» zu beheben, sei der gemeinnützige Wohnungsbau optimal, zeigte sich der Immobilienökonom im Gespräch mit dem «Volksblatt» überzeugt. Dieses Modell schaffe leistbaren Wohnraum für eine breite Mittelschicht mit mittleren Einkommen und verkörpere in Form von Genossenschaften klassische Werte wie Solidarität, gemeinsame Selbsthilfe, Demokratie und lokale Verwurzelung, erklärte Beck. Das Prinzip von gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften ist schnell erklärt: Die öffentliche Hand stellt das Bauland zur Verfügung und eliminiert damit den Hauptpreistreiber für die künftigen Bewohner. Für sämtliche Entwicklungs-, Bau-, Betriebs- und Unterhaltskosten kommen die Genossenschafter selbst auf. Für die Gemeinden entstehen keinerlei Kosten. Im Gegenteil.

Architekturwettbewerb läuft

Aus der vor einem Jahr präsentierten Idee wurde in kürzester Zeit ein spruchreifes Projekt: Am 18. März 2014 beschloss der Vaduzer Gemeinderat einstimmig, der drei Tage später gegründeten Wohnbaugenossenschaft Liechtenstein ein Grundstück am Birkenweg zur Verfügung zu stellen. Vor zehn Tagen gab schliesslich die LLB bekannt, die Finanzierung des Projekts zu übernehmen. Momentan läuft der Architekturwettbewerb, geplanter Baubeginn der 20 Wohneinheiten ist März 2015. Bis zum Baustart in zehn Monaten können



Ab März 2015 sollen auf dieser Parzelle am Birkenweg in Vaduz die ersten gemeinnützigen Wohnungen entstehen. (Foto: MZ)

ten die Mietzinsen für die Genossenschaftswohnungen noch einmal gesenkt werden: Wie «Volksblatt»-Recherchen ergaben, beabsichtigt die Gemeinde Vaduz als Gründungsmitglied der Wohnbaugenossenschaft bei der Regierung einen Antrag auf Ausrichtung eines zinslosen Darlehens zu stellen, welches die Gemeinde Vaduz zweckgebunden an die förderungsberechtigten Personen einbringen würde.

In einem an die zuständige Ministerin Marlies Amann-Marxer adressierten Schreiben vom 15. Mai weist Bürgermeister Ewald Ospelt auf Artikel 49 des Wohnbauförderungsgesetzes. Darin heisst es bezogen auf die Förderung der gemeinnützigen Wohnbautätigkeit der Gemeinden: «Die Förderungsmittel werden an liechtensteinische Ge-

meinden oder an die von ihnen gebildeten gemeinnützigen Rechtsträger gewährt.» Ein Fördersanspruch der Gemeinde Vaduz sei damit gerechtfertigt, zeigt sich Ospelt überzeugt.

Ospelt: Ball liegt bei der Regierung

Ein Problem stellt sich der Gemeinde Vaduz allerdings noch: Obwohl die staatliche Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus bereits 1977 rechtlich verankert wurde, fehlen offenbar im Gesetz erwähnte Vorschriften und Musterverträge, um überhaupt einen formell korrekten Antrag auf Förderung stellen zu können. Die Gemeinde Vaduz würde es deshalb «begrüssen und als zielführender erachten», wenn die Regierung das Wohnbauförderungsgesetz gemeinsam

mit dem Landtag überarbeiten würden und den im Gesetz «festgehaltenen Förderungswillen» betreffend gemeinnütziger Wohnungsbau «ins Zentrum stellen» würde. Der Ball liege nun bei Regierung und Landtag, betont Bürgermeister Ospelt. Die Wohnbaugenossenschaft legt Wert darauf, dass es sich nicht um eine «direkte, nicht zurückzuzahlende Subvention» handle, sondern um ein Darlehen, das bis auf den letzten Rappen von der Wohnbaugenossenschaft beglichen werde. Beck rechnet damit, dass maximal 1,5 bis 2,5 Millionen Franken beantragt würden. Für förderungswürdige Mieter hätte ein Darlehen spürbare Auswirkungen: Pro Monat könnte der Mietzins für eine 4-Zimmer-Wohnung 200 bis 250 Franken tiefer ausfallen als ohne zinsloses Darlehen.

Web-TV

Einzigartiges Web-TV von volksblatt.li:
Aktuelle Filmbeiträge zu Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur



www.volksblatt.li

Stadttunnel Feldkirch Initiative aus Liechtenstein formiert sich

MAUREN/FELDKIRCH Wie das «Volksblatt» bereits am vergangenen Mittwoch berichtete, bahnt sich im Hinblick auf den geplanten Stadttunnel Feldkirch weiterer Widerstand aus Liechtenstein an. Wie die erst kürzlich von ihrem Amt zurückgetretene LGU-Geschäftsführerin und frühere Landtagsabgeordnete Andrea Matt seinerzeit gegenüber dem «Volksblatt» erklärte, beschäftigte sie sich derzeit mit dem Gedanken, eine Bürgerinitiative zu gründen.

200 Unterstützer sind nötig

Nun macht Andrea Matt Nägel mit Köpfen: Wie sie in einer Stellungnahme, die das «Volksblatt» in der heutigen Ausgabe veröffentlicht, schreibt, kann eine Bürgerinitiative entstehen, wenn mindestens 200 Personen, die in Mauren-Schaanwald, Eschen-Nendeln, Schaan, Schellenberg oder

Ruggell leben und wahlberechtigt sind, eine Stellungnahme unterschreiben. Die Stellungnahme samt Unterschriftenliste muss spätestens am 18. Juli 2014 der Landesregierung Vorarlberg zugesandt werden. Die Zeit von acht Wochen sei für das Durcharbeiten der komplexen und umfangreichen Unterlagen, das Schreiben der Stellungnahme und das Sammeln der Unterschriften, das erst nach Fertigstellung der Stellungnahme starten kann, sehr kurz.

Erstes Treffen kommende Woche

«Wir treffen uns deshalb zur ersten Besprechung und zum Start der Bürgerinitiative bereits kommenden Dienstag, den 3. Juni 2014, um 19 Uhr in der Aula der Primarschule Nendeln. Alle interessierten Personen sind herzlich eingeladen», schreibt Matt. (hf)

Seite 4

Bahnübergänge

Sanierung nicht fristgerecht möglich

BERN Mehrere Hundert Bahnübergänge in der Schweiz können nicht fristgerecht bis Ende Jahr saniert werden. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) schlägt deshalb vor, den Bahnunternehmen für die Sanierung mehr Zeit zu gewähren. Den Druck will es jedoch aufrechterhalten. Eigentlich müssten Bahnübergänge, welche die Sicherheitsvorschriften nicht erfüllen, bis Ende 2014 entweder aufgehoben oder so mit Signalen ausgerüstet werden, dass sie sicher befahren und betreten werden können. Das sieht die Eisenbahnverordnung von 2003 vor. Gemäss BAV ist es jedoch absehbar, dass «mehrere Hundert Bahnübergänge» nicht bis Ende Jahr saniert werden können. Das BAV will die Bahnunternehmen nun verpflichten, bis Ende Jahr zumindest vollständige Gesuche einzureichen. (sda)

Inhalt

Inland	2-9	Kultur	23+24
Ausland	10	Kino/Wetter	26
Wirtschaft	11-14	TV	27
Sport	15-22	Panorama	28

Fr. 2.00 www.volksblatt.li

Verbund Südostschweiz



ANZEIGE

Weniger Seiten,
mehr Inhalt:
Das «Volksblatt»

Volksblatt
Im alten Riet 103
FL-9494 Schaan
+423 237 51 51
www.volksblatt.li